



STELLUNGNAHME

An den
SPÖ Parlamentsklub
Parlament
1017 Wien

Wiener Neustadt; August, 2015

Betreff: Asyldebatte/Durchgriffsrecht – Position des GVV Österreich

Sehr geehrter Herr Klubobmann!

Lieber Andreas!

Werte Nationalratsabgeordnete!

Werte Bundesratsabgeordnete!

Von der Bundesregierung wurde am 31.07.2015 ein 5 Punkte Plan präsentiert, der unter anderem eine sogenannte Ersatzvornahme durch den Bund vorsieht, wenn Länder und Gemeinden Richtwerte (Quoten) zur Unterbringung von Asylsuchenden nicht erfüllen. Das bedeutet, wenn eine solche Regelung im Nationalrat eine 2/3 Mehrheit findet (Verfassungsbestimmung), kann der Bund in die Länder- und Gemeindeautonomie eingreifen und OHNE Zustimmung der anderen Gebietskörperschaften (Baubewilligungen, Widmungen,...) Asylquartiere einrichten.

Öffentlich, medial dazu geäußert haben sich - wie bekannt - **der Landeshauptmann des Burgenlands Hans Niessl, der Wiener Bürgermeister Michael Häupl, GVV Burgenland Präsident Erich Trummer und Städtebund Burgenland Vorsitzende Ingrid Salamon. Sie alle sehen dieses geplante „Durchgriffsrecht“ der Bundesregierung als sehr problematisch an.**

Als GVV Österreich wollen wir nochmals klar und eindeutig festhalten, dass wir ein solches Durchgriffsrecht als eine Art Freibrief für die Innenministerin zum ‚Drüberfahren‘ über die Gemeinden sehen. Das können wir nicht zulassen. Wir wollen als Gemeindevertreter eingebunden werden und selbst mit AKTIVER Asylpolitik zur Lösung beitragen OHNE eine solche gravierende Einmischung des Bundes!

Da für die Aushebelung dieser Autonomie ein Verfassungsgesetz (2/3 Mehrheit im NR) notwendig ist, steht dieses Gesetz dann im Verfassungsrang und kann weder bekämpft noch mit einfacher Mehrheit aufgehoben werden. Daher ist unsere Befürchtung, dass mit diesem Gesetz jederzeit auch gegen den Willen der Gemeinden agiert werden kann.

Wir als GVV Österreich wollen kein solches Durchgriffsrecht, weil wir

- a) die Gemeindeautonomie als etwas Wichtiges und Schützenswertes erachten – in guten wie in stürmischen Zeiten
- b) OHNE aktives Eingreifen des Bundes unsere (sinnvollen) Quoten in den Gemeinden im Rahmen von Klein- und Kleinsteinheiten selbst erfüllen wollen.
- c) selbst- und eigenständig mit der Bevölkerung gemeinsam Asylquartiere in den Kommunen schaffen wollen (gerade die Situation in Traiskirchen zeigt, wie es NICHT funktioniert – Asylquartiere sollen nicht als reine „Aufbewahrungsstätten für Schutzsuchende dienen)
- d) keine Entscheidungen über die Köpfe der GemeindepolitikerInnen und der Bevölkerung hinweg wollen. – denn Integration kann nur in kleinen Einheiten gelingen und auch Akzeptanz ist nur so möglich.
- e) das geplante „Durchgriffsrecht“ des Bundes NICHT NUR für bundeseigene Gebäude gilt, sondern (so der Plan) auch für VOM BUND ANGEMIETETE Gebäude – daher ist klar, dass der Bund unter diesen rechtlichen Voraussetzungen GROSSE EINHEITEN schaffen wird.
- f) befürchten, dass das Innenministerium jetzt auch das Modell der Bayern umsetzen will, nämlich Schutzsuchende in großen Tragflughallen unterzubringen – **auch hier wieder suboptimale Unterbringung in großen Einheiten**. Wir wollen– egal ob über den Weg der Privatquartiere oder über jeden anderen gangbaren Weg der Kommunen selbst, mit Klein- und Kleinsteinheiten unsere Vorgaben erfüllen und Integration statt „Aufbewahrung“ möglich machen!

Wir fordern daher den SPÖ Nationalratsklub auf, von einem solchen Gesetz mit einer Ersatzvornahmemöglichkeit des Bundes Abstand zu nehmen und alle Maßnahmen zu unterstützen, damit die Länder und vor allem die Kommunen AKTIV in Österreich an der Asylpolitik mitwirken können!

Für den GVV Österreich

Müller e.h.

Bgm.a.D. Bernhard Müller
Vorsitzender GVV Österreich